



Pressemitteilung vom 28.11.2019

Bundesfachverband unbegleitete minderjährige Flüchtlinge e.V. fordert erneut sofortige Aufnahme unbegleiteter Minderjähriger aus Griechenland

Die Situation für geflüchtete unbegleitete Minderjährige in Griechenland ist weiterhin katastrophal und widerspricht allen Regeln und Vorgaben der Kinderrechtskonvention.

Bereits im Oktober 2019 forderte eine Vielzahl von Verbänden in einem offenen Brief die Bundesregierung auf, entsprechend des Kindeswohls zu handeln und unbegleitete Kinder und Jugendliche aufzunehmen.

Seit seinem Besuch auf Lesbos Anfang November setzt sich auch der niedersächsische Innenminister Pistorius dafür ein, unbegleitete minderjährige Flüchtlinge von den griechischen Inseln in Deutschland aufzunehmen. Pistorius fordert ein Sofortprogramm des Bundes noch vor dem Winter, an dem sich auch Niedersachsen beteiligen werde. Landes- und bundesweit wirbt er um Unterstützung. Bundesinnenminister Seehofer wies den Vorstoß von Boris Pistorius am vergangenen Dienstag zurück. Aus seiner Sicht unterstütze Deutschland Griechenland bereits mit technischen und finanziellen Mitteln wie auch der Vermittlung von Know-How.

Aktuell befinden sich über 4100 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge auf den griechischen Inseln, davon nur etwa 1000 in kinder- und jugendgerechten Unterbringungsplätzen. Etwa 3000 Minderjährige leben dementsprechend unter katastrophalen und gefährlichen Bedingungen auf der Straße, in Lagern für Erwachsene, in „Schutzhaft“, in Zelten und unter Planen. In diesen Provisorien bewegen sich die Kinder und Jugendlichen vollkommen ungeschützt vor Gewalt, Ausbeutung und Missbrauch, sie haben kaum Zugang zu gesunder Versorgung, ausreichend Nahrung und rechtlicher Unterstützung.¹ Die desaströse Situation zeigt massive Verstöße gegen die UN- Kinderrechtskonvention. Die Feierlichkeiten zum 30-jährigen Bestehen der Kinderrechtskonvention erscheinen vor dem Hintergrund dieser Kinderrechtsverletzungen grotesk.

Kindeswohl und Kinderschutz enden nicht an der Landesgrenze!

Es ist absurd, dass in Deutschland aufgrund fehlender Belegungen Einrichtungen für unbegleitete Minderjährige schließen müssen, während gleichzeitig über 3.000 Kinder und Jugendliche in Griechenland unter absoluter Missachtung des Kindeswohls verharren müssen.

Gemeinsam mit einem breiten Bündnis verschiedener Organisationen rufen wir deshalb in einem Appell an die Landes- und Bundespolitik erneut dazu auf, noch bis Dezember mindestens 1.000 unbegleitete Kinder und Jugendliche aus Griechenland in Deutschland aufzunehmen.

Mit einem zusätzlichen Musterschreiben können sich Organisationen, Verbände, Jugendhilfeträger und Einzelpersonen an Landes- und Bundespolitiker*innen wenden und den Appell mit unterstützen: [#WirHabenPlatz](#)

Ansprechpartnerinnen:

Ulrike Schwarz, Bundesfachverband umF e.V. | phone: 0175 - 916 76 34 | info@b-umf.de
Dörthe Hinz, Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V. | phone: 0511 - 98 24 60 3 | dh@nds-fluerat.org

¹ <https://b-umf.de/material/unbegleitete-minderjaehrige-fluechtlinge-in-griechenland/>